



Straßen- und Tiefbauamt
66.22.1
Herr Falkenberg

Landeshauptstadt Dresden
Umweltamt
Abteilung Stadtökologie

GZ: 86.22-10-0229/15169
38128/19
Bearbeiter: Frau Ola
Telefon: (03 51) 4 88 62 95
Sitz: Grunaer Str.2
E-Mail: HOla@dresden.de

Datum: 21. FEB. 2019

Beurteilung der Planunterlagen der Verkehrsbaumaßnahme

Berthold-Haupt-Straße zwischen „Am alten Elbarm“ bis „August-Röckle-Straße“ einschließlich Brücke über den Lockwitzbach

Allgemeine Vorprüfung nach § 3c UVPG

Sehr geehrter Herr Falkenberg,

zur Beurteilung der Umweltverträglichkeit des zur Planfeststellung eingereichten Vorhabens „Berthold-Haupt-Straße zwischen der Straße Am alten Elbarm bis August-Röckle-Straße einschließlich Brücke über den Lockwitzbach“ liegen uns die Antragsunterlagen zur allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls vom 28.01.2019 vor, insbesondere:

Erläuterungsbericht,
Lagepläne/Feststellungsentwurf, Stand Dezember 2018,
Baugrunduntersuchung/Altlasten, Stand Juli und August 2014,
Landschaftspflegerische Begleitplan, Stand Dezember 2018,
artenschutzrechtliche Prüfung, Stand Dezember 2018,
Schalltechnische Untersuchung, Stand Januar 2019,
Wassertechnische Untersuchung, Dezember 2018,
Untersuchung zu den Wasserspiegellagen der Elbe, Stand März 2016
Bemessung zur Grundwasserabsenkung, Stand Dezember 2018
Denkmalschutzrechtliche Abstimmung vom 01.12.2015 und 14.12.2018

Das Vorhaben umfasst den bestandsnahen grundhaften Ausbau der Gleisanlagen und der Fahrbahn sowie den Bau von barrierefreier Haltestellen, die Teilerneuerung des Gehweges und den Neubau der Brücke über den Lockwitzbach.

Bei dem Vorhaben handelt es sich um eine Hochwasserbeseitigungsmaßnahme.

Das Straßen- und Tiefbauamt beantragt bei der Landesdirektion Sachsen die Planfeststellung nach § 28 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG).

Anlage

Beurteilung der Planungsunterlagen der Verkehrsbaumaßnahme Berthold-Haupt-Straße zwischen der Straße Am alten Elbarm bis August-Röckle-Straße einschließlich Brücke über den Lockwitzbach

1. Merkmale des Vorhabens

Das Vorhaben umfasst den bestandsnahen grundhaften Ausbau der Gleisanlagen und der Fahrbahn sowie den Bau von barrierefreier Haltestellen, die Teilerneuerung des Gehweges und den Neubau der Brücke über den Lockwitzbach.

Die Verkehrsbaumaßnahme findet auf einer Länge von 960 m statt.

Der Baubereich befindet sich in Leuben und Kleinschachwitz .

2. Merkmale des Standortes

Die Baumaßnahme befindet sich gemäß FNP überwiegend in Bereichen der Nutzungseinstufung allgemeinen Wohngebiet, Sondergebiet (Seniorenheime) und Kleingärten.

Die Baumaßnahme betrifft die Straßenbahnlinie 2.

3. Merkmale der möglichen Auswirkungen auf Schutzgüter gemäß § 2 (1) UVPG

- Mensch

schalltechnische Betroffenheiten

Im Ergebnis der Schalltechnischen Untersuchung (Unterlage 17, rgoUmwelt, Januar 2019) wird festgestellt, dass die Ausbaumaßnahme zu einer wesentlichen Änderung des Schienenweges nach § 1 der 16. BImSchV führen wird. Dies ist eine Folge der Gleisspreizung an den Haltestellen. Es entstehen dem Grunde nach an fünf Gebäuden Ansprüche auf Lärmschutzmaßnahmen nach den §§ 41-43 BImSchG. Ein weitergehender Untersuchungsbedarf ist im Rahmen der Genehmigungsplanung nicht gegeben.

Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung ist im Einzelfall auch die Gesamtbelastung zu ermitteln und zu bewerten, denn eine durch das Vorhaben entstehende zusätzliche Lärmbeeinträchtigung darf zu keiner Gesamtbelastung führen, die eine Gesundheitsgefährdung darstellt.

Es ist gutachterlich zu prüfen, ob durch den Summenpegel aus den Geräuschimmissionen der Kraftfahrzeuge und der Schienenfahrzeuge die Schwellenwerte von 70 dB(A) am Tag oder 60 dB(A) in der Nacht im Prognose-Nullfall und Prognose-Planfall überschritten werden und ob an diesen Fassaden und Etagen eine Erhöhung der Beurteilungspegel mit dem Ausbau einhergeht.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass an sechs Gebäuden entsprechende Verschlechterungen der Lärmsituation durch den Ausbau zu verzeichnen sind. Über daraus resultierende Ansprüche auf Lärmschutzmaßnahmen ist im Verfahren zu entscheiden.

Während der Bauzeit, die mit neun Monaten angegeben wird, wird der Verkehr in beiden Richtungen über die Pirnaer Landstraße, Bahnhofstraße, Putjatinstraße Straße, Meußlitzer Straße und weitere Straßen geführt. In der schalltechnischen Untersuchung zum Umleitungsverkehr wird festgestellt, dass an vier Gebäuden an der Bahnhofstraße bzw. Pirnaer Landstraße die von der höchstrichterlichen Rechtsprechung entwickelte grundrechtliche Zumutbarkeitsschwelle 60 dB(A) nachts überschritten und die Belastung insgesamt erhöht wird. Allerdings findet eine nächtliche Nutzung (Wohnnutzung) nur in einem der Gebäude und nur im 1. Obergeschoss statt. Über einen daraus möglicherweise resultierenden Anspruch auf Lärmschutzmaßnahmen ist im Verfahren zu entscheiden.

Damit besteht auch für die Bauzeit kein weitergehender Untersuchungsbedarf.

Bei Baumaßnahmen/Bodeneingriffen auf dem Grundstück sind eine ingenieurtechnische Begleitung und deren Dokumentation durch ein sachkundiges Ingenieurbüro erforderlich.
Diese Anforderung muss im Planfeststellungsbeschluss festgesetzt werden.
Darüber hinaus gibt es keinen weiteren Untersuchungsbedarf.

Die Ergebnisse der Baugrunduntersuchung sind im Rahmen der Ausführungsplanung zu berücksichtigen.

Diese Auswirkung des Vorhabens und die Flächenbilanz sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan Unterlage 19 ausreichend dargestellt.

Eine weitere Untersuchung ist aus unserer Sicht nicht erforderlich.

- Wasser

Das geplante Verkehrsbauvorhaben ist mit den Anforderungen der WRRL (Wasserrahmenrichtlinie) vereinbar (siehe auch Unterlage 21.2).

Die Gradienten der neuen Brücke wurde entsprechend den Untersuchungen der TH-Nürnberg vom 23.3.16 (Unterlage 21.3) geplant und auch nochmal mit der Ausweisung der neuen rechtlich festgesetzten Überschwemmungsgebiete im Dezember 2018 abgeglichen.

Negative Einflüsse auf die Hydrologie des Lockwitzbaches sind im vorliegenden Fall nicht zu erwarten, da durch die Baumaßnahme das maximale Durchflussvolumen des Brückenneubaus vergrößert wird.

Möglichen stoffliche Auswirkungen (während der Bauphase) auf den Lockwitzbach werden nach Abschluss der Baumaßnahme keinen nachweisbaren Einfluss auf den im Abstrom liegenden OWK „Elbe-1“ haben.

Die Gewässermorphologie des Lockwitzbaches wird gegenüber dem Bestand nicht verschlechtert.

Über die Erheblichkeitsbetrachtungen gemäß WRRL hinaus, ist kein Fachbeitrag zu WRRL-Verträglichkeit der geplanten Maßnahme erforderlich.

Alle weiteren wasserrechtlichen Belange sind im Zuge des Planfeststellungsverfahrens zu regeln.
Das betrifft insbesondere alle bauzeitlichen Arbeiten am Gewässer, die bauzeitlich geplante Grundwasserabsenkung und –einleitung sowie die Arbeiten im Überschwemmungsgebiet bzw. den Hochwasserschutz.

Im Planfeststellungsbeschluss sollte sichergestellt werden, dass die zuständige Wasserbehörde bei der Ausführungsplanung zu beteiligen ist und diese bestätigen muss.

Die wasserrechtlichen Auswirkungen des Vorhabens sind in der wassertechnischen Unterlage 18 und 21 detailliert beschrieben und bewertet.

Gesonderte Untersuchungen sind aus unserer Sicht nicht erforderlich.

- Atmosphäre

Details zu Luftschadstoffimmissionen siehe oben unter „Schutzgut Mensch“.

- Kultur- und sonstige Sachgüter

Im Rahmen der Ämteranhörungen, stimmte die untere Denkmalschutzbehörde dem Feststellungsentwurf zu. Es besteht lediglich noch Abstimmungsbedarf im Rahmen der Ausführungsplanung.

Weitere Untersuchungen sind demnach nicht erforderlich.